

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erhebt sich mit Übernahme der Gewerbesteuer und Zehnten nach Art. 109 des Reichsgesetzes vom 23. April 1909, durch unsere Mitglieder zugeworfen in der Stadt Wilsdruff, durch die Post bezogen wird. Die Postgebühren sind in der Stadt Wilsdruff, durch die Post bezogen wird. Die Postgebühren sind in der Stadt Wilsdruff, durch die Post bezogen wird.



Inhalt: 2. für die 6. Ausgabe der Wilsdruffer Zeitung oder deren Anzeiger, die 2. Ausgabe der Wilsdruffer Zeitung oder deren Anzeiger, die 2. Ausgabe der Wilsdruffer Zeitung oder deren Anzeiger.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Rössig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 198

Freitag den 25. August 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Die Reserve-Abteilung der Pflichtfeuerwehr Wilsdruff

hält Sonnabend den 26. August d. J. abends 8 Uhr eine

Uebung

ab. Stellen am Spritzenhaus. Alle männlichen Personen im Alter von 20—25 Jahren haben sich zu dieser Uebung einzufinden. Nichterscheinen oder unentschuldigtes Fernbleiben wird nach der Feuerlöschordnung bestraft. Die Entschuldigungen sind schriftlich vor Beginn der Uebung beim Branddirektor abzugeben. Als Entschuldigungsgrund gilt nur Krankheit. Binden sind anzulegen.

Wilsdruff, am 21. August 1922.

Der Stadtrat.

Freitag, 25. August Ausgabe d. neuen Brotmarken.

vormittags 9—1 Uhr

Wilsdruff, am 24. August 1922.

4529

Der Stadtrat.

Resselsdorf.

Die Ausgabe der Brotmarken

für die neue Versorgungsperiode erfolgt am Freitag den 25. August 1922 vorm. von 8—10 Uhr im Gemeindeamt.

Resselsdorf, am 24. August 1922.

4531

Der Gemeindevorstand.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Berliner Beratungen mit den Vertretern der Reparationskommission werden unter strengster Diskretion weitergeführt, haben jedoch noch keine Lösung ergeben.

* Nach englischen Blättermeldungen ist damit zu rechnen, daß die künftige gegen Deutschland in USA-Vorbringen getroffenen Maßnahmen demnächst angehoben werden.

* Das bayerische Kabinett und die Koalitionsparteien haben den neuen Vereinbarungen mit der Reichsregierung zugestimmt.

* Auf der Wendefsteinbahn entgleiste ein Zug. Mehr als 20 Personen wurden verletzt.

* Der südafrikanische Regierungsführer Collins ist von Kuständlichen ermordet worden.

* In Portugal sind der Finanz-, Arbeits- und Handelsminister zurückgetreten.

Deutschlands zerstörte Wirtschaft.

Von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Als die Mark noch das Münzfache dessen wert war, was sie heute gilt, war die deutsche Kreditfähigkeit schon ruiniert, und die Bank von England erklärte auf das deutsche Ersuchen, daß Deutschland, mit der Generalhypothek der Reparationen belastet, keine Anleihe erhalten könnte. Die Bankkonferenz bestätigte diesen Standpunkt. Nun ist es Tatsache, daß Deutschland sein letztes Vergeben hat, um die selbst nach einem Moratorium zu leistenden Raten aufzubringen. Auch diese Möglichkeit ist erschöpft. An einer Herabsetzung der Schuldschulden kommen die Alliierten nicht vorbei, sonst ist überhaupt kein Geld aus Deutschland herauszuholen. Aber für diese Herabsetzung wollen die Gläubiger in sogenannten „produktiven Pfändern“ Ersatz fordern.

Der Kredit der deutschen Privatwirtschaft, ihre Leistungsfähigkeit und Lebenskraft waren von dem Staatsbankrott zusammengebrochen bisher nicht grundlegend erschüttert. Wenn auch die starke produktive Beschäftigung der Industrie nicht überschätzt werden darf, weil wegen des geringen Preises der deutschen Arbeit zahlreiche Aufträge des Auslandes nur Lohnarbeit bedeuten, und nicht mehr die Gewinne einbringen, die die Produktion auf eigene Risiko abwirft, so war doch wenigstens bisher die Gewähr gegeben, daß zahlreiche Arbeiter ihre Existenz fanden. Der jetzige Stand der Marktentwertung indes wird auch hier zum Verhängnis, weil Rohstoffeinkäufe überhaupt kaum mehr getätigt werden können. Auf diese Weise wird die Kreditfähigkeit auch der deutschen Privatwirtschaft unterhöchelt, und daß die Wertpapiere sich jetzt nach langem Zurückbleiben wieder aufwärts bewegen, ist gar kein Beweis dagegen, denn am reinen Geldwert gemessen, gleichen die Kursgewinne die wirklichen Wertverluste in keiner Weise aus.

Das Wichtigste indes, was notwendigerweise zur völligen Zerstörung der Privatwirtschaft in Deutschland führen muß, sind die französischen Ansprüche, die Privatwirtschaft zum Pfandgegenstand für die Reparationen zu machen. Welche Ungeheuerlichkeit ist es, die Großen für die Wechsel zu verpflichten, mit denen die deutsche Regierung in sechsmonatiger Frist die diesjährigen Reparationen begleichen soll! Man verlangt das in Frankreich offen. Waren bisher nur die Reichsfinanzen gebunden, so würden jetzt dadurch auch die Großbanken in ihrer Bewegungsfreiheit gelähmt und könnten erst recht den von der deutschen Wirtschaft an sie gestellten Ansprüchen nicht genügen. Die unmittelbare Folge dieser Verlegen der kapitalistischen Kraftwerke in der Wirtschaft, zumal das Kreditbedürfnis durch die tiefste Wertentwertung außerordentlich gewachsen ist.

Alle die Pläne, mit denen die Abordnung der Reparationskommission nach Berlin gekommen ist, zielen dahin, die Werte, die bisher als die hauptsächlichsten Anleihen sicherheiten galten, unmittelbar für die laufenden Reparationen sich verpflichten zu lassen. Dabei kann natürlich eine Ablösung der Reparationen durch eine internationale Anleihe nicht mehr in Betracht

kommen. Es würde mithin die deutschen Schwierigkeiten nicht beseitigen können, wenn selbst in absehbarer Zeit eine Verständigung über die Herabsetzung der Reparationen erfolgen würde.

Sind die politischen Folgerungen — England könnte es sich kaum gefallen lassen, wenn die Franzosen das Ruhrgebiet besetzen — nun wirklich so groß, daß sie es rechtfertigen durch Bewilligungen für den Augenblick, die doch nicht die letzten sein würden, jede Aussicht auf die notwendige Lösung der Zwangsverpflichtungen durch freiwillige Verpflichtungen zu erlösen? Daß die deutschen Werte, die in Frage stehen, als Unterlagen für Kredite eingesetzt werden müssen, wird sich nicht vermeiden lassen. Das kann aber nur dann verantwortet werden, wenn der Gläubiger im eigenen Interesse die Erhaltung der Produktionskraft Deutschlands braucht und diese Sicherheit ist nur bei einer privaten internationalen Anleihe gegeben.

Noch keine Verständigung.

Die Berliner Geheimverhandlungen.

Unter äußerster Wahrung des Stillschweigens werden in Berlin die Besprechungen zwischen der Reichsregierung und den beiden Vertretern der Reparationskommission fortgeführt. Die Gerüchte von einem gegenseitigen Ultimatum sind ebenso falsch wie die von deutschen Gegenvorschlägen oder von einem bevorstehenden Abbruch der Verhandlungen. Wie man sich in politischen Kreisen erzählt, ist

noch keine Klarheit

darüber erzielt worden, welche Forderungen die Gegenseite aufstellen will. Die Reichsregierung kann selbstverständlich nicht weitergehen in ihren Konzessionen, als sie ihrem Parlament gegenüber verantworten kann und leinerzeit den Parteiführern zugestimmt hat. Der Standpunkt der Reichsregierung wird nicht geändert und das Verlangen der Franzosen nach produktiven „Pfändern“ kann nicht diskutiert werden. Die bisherigen Verhandlungen sind anscheinend überhaupt noch nicht über eine allgemeine Erörterung des Reparationsproblems, der deutschen Finanzlage, der Kohlen- und Holzlieferungen und des Clearing-Verfahrens hinausgegangen. Es liegt daher vorläufig kein Grund vor, den weiteren Verhandlungen eine optimistische oder pessimistische Prognose zu stellen, immerhin ist die Lage ernst, und besonders ein Ende der Besprechungen in Form einer Verzögerung auf den Herbst würde uns mitten in unserer gefährlichen Lage stecken lassen.

Bergarbeiter bei der Reparationskommission.

Eine Vertretung der Bergarbeiter-Internationale, bestehend aus je einem Engländer, Franzosen, Belgier und Deutschen, wird sich demnächst nach Paris begeben, um der Reparationskommission Bericht über die deutsche Kohlenlage zu erstatten. Der Zweck dieser Aktion ist eine Milderung der Bestimmungen über die Lieferung deutscher Reparationsstoffe zu erzielen.

Der Dollar 1440!

Berlin, 23. August.

Poincarés Politik trägt ihre giftigen Früchte. Sein Widerstand gegen jede vernünftige Regelung des Reparationsproblems verhindert von vornherein, daß irgendeine Konferenz einen Weg finden könnte, auf dem die deutsche Leistungsfähigkeit gefördert wird. Das Ausland verliert das Vertrauen in die Genesung der schwer zerrütteten deutschen Finanzwirtschaft. Die deutsche Industrie kann kaum noch Rohstoffe erwerben, weil keine Devisen mehr für den Einkauf zu haben sind. Jeder kleinste Posten ausländischer Währung wird an den Börsen zu immer steigenden Preisen sofort aufgegriffen, die im Auslande befindlichen Marktbestände aber mit jedem beliebigen Verlust abgestoßen. Die Mark sinkt unaufhaltsam und erreicht heute den noch nie verzeichneten Tiefstand von 1440 für einen einzigen Dollar. Annap 1/2 Pfennig Kaufkraft besitzt die Papiermark noch im Auslande. Unaufhaltsam eilen wir sterblichen Zuständen entgegen, nahe die Gefahr der Erlösung der Industrie und der Arbeits-

losigkeit heran, wenn nicht schleunigst Einhalt getan wird. Aber woher soll die Rettung jetzt kommen?

„Angst vor dem Winter.“

Der Vorwärts, der als ein der Regierung nahestehendes Blatt sich von Übertreibungen fernzuhalten bestrebt, schreibt unter dieser Überschrift u. a.:

„Es kann böse werden, sehr böse. Wohl nie zuvor hat die Bevölkerung der Städte eine solche Sorge um den Winter gehabt. Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Schon während des ganzen Sommers sind Hunderttausende auf der Jagd nach preiswertem Heizmaterial. Werden Verhältnisse eintreten, die es uns unmöglich machen, das notwendige Maß an Holzbrand zu erhalten? Die bisher zugewiesenen dürftigen Mengen lassen auf nichts Gutes hoffen. Und wenn es schon einigermaßen klappen sollte — wer kann ohne Murren diese gewaltigen Preise ertragen! Nur der Ozeanbrand, ohne Holz wohlgeerntet, erfordert heute mehr, als früher das ganze durchschnittliche Jahreskommen einer Arbeiterfamilie betrug. Und dann erst die Holzpreise! Heute kostet der Raummeter Holz 1800 Mark, übermorgen vielleicht schon 2000 Mark. Man kann gleich warten auf den höheren Preis. Wer soll das bezahlen? Der Arbeiter kann es nicht, auch nicht der Beamte, der Mittelstand. Altmütter Natur bewahre uns vor einem strengen Winter! Sonst wird's böse, sehr böse. Hört es, ihr jenseits des Rheins! Seid Menschen und begräbt endlich den Haßkampf gegen Wehrlose!“

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Bildung des Staatsgerichtshofes.

Der Reichsjustizminister hat den auf Grund des Gesetzes vom 21. Juli d. J. zu bildenden Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik mit Wirkung vom 1. September d. J. errichtet. Es sind ernannt zu Mitgliedern des Staatsgerichtshofes: Senatspräsident Dr. Dagens als Vorsitzender, die Reichsgerichtsräte Dr. Baumgarten und Dohm, der Universitätsprofessor Dr. van Calker, Reichskanzler a. D. Fehrenbach, Landtagsabgeordneter Hartmann, der württembergische Gesandte Hildebrand, der Verbandsvorsitzende Jüdel und Hermann Müller-Börsch, außerdem für jeden der Mitglieder ein Stellvertreter. Zum Untersuchungsrichter und zugleich zum Ermittlungsrichter beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik sind der sächsische Landgerichtsrat Dr. Richter und der preussische Kommergerichtsrat Wolff bestellt.

Großbritannien.

× Der Irenführer Collins ermordet. Der irische General Michael Collins ist, wie Reuters erfährt, nahe bei Bandon in der Grafschaft Cork in einem Hinterhalt erschossen worden. Das Attentat hat ungeheure Bestürzung im ganzen Freistaat Irlands hervorgerufen. Collins war nach dem plötzlichen Tode Griffiths der wirkliche Führer des irischen Freistaates geworden. Er war ursprünglich als Finanzminister in das provisorische Kabinett eingetreten und übernahm, als sich die Sinnfeiner unter Führung de Valeras gegen die Verständigung mit England auflehnten, den Oberbefehl über die Freistaatstruppen gegen die „republikanische Armee“ de Valeras. Auf sein Verlangen verbot u. a. der oberste Gerichtshof in den Vereinigten Staaten den in Betracht kommenden Banken, den irischen Republikanern auch nur einen Cent von den Fonds auszusahlen, die de Valera auf seiner Propagandareise in Amerika gesammelt hat. In diesen Banken befanden sich 2.300.000 Dollar für diese Zwecke.

Polen.

× Anhaltende Unruhen in Polnisch-Oberschlesien. Die Delegierten der polnischen Gruben und Hütten beschäftigten sich in Betriebsversammlungen mit der gegenwärtigen Lage Oberschlesiens. Sie erließen einen Aufruf, in dem darauf hingewiesen wird, daß alle während der Abkommenszeit gemachten freibleiblichen Versprechungen